

16.21

Abgeordnete Mag. Andrea Kuntzl (SPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben im Wissenschaftsausschuss den Sozialbericht diskutiert, nämlich den Bericht zur sozialen Lage der Studierenden, und haben wieder einmal gesehen, wie wichtig die Erwerbstätigkeit für Studierende geworden ist. Ein sehr hoher Anteil der Studierenden arbeitet neben dem Studium beziehungsweise studiert schon neben der Arbeit. Die Erwerbstätigkeit, das Geldverdienen ist für die meisten Studierenden wichtig, und zwar nicht, um sich irgendeinen Luxuswunsch zu erfüllen, sondern um das Studium beziehungsweise das Leben finanzieren zu können.

Gleichzeitig haben wir im Bericht gesehen, dass durch die Auswirkungen, die wir in der jetzigen Krise haben, den Studenten die klassischen Studentenjobs weggebrochen sind. Das ist die Situation, die wir haben. Die Studierenden stellen fest, dass „Koste es, was es wolle“ mit Recht für viele gilt, aber für die Studierenden nicht.

Jetzt sagen wir: Leisten wir einen kleinen Beitrag und erlassen wir den Studierenden die Studiengebühren für das abgelaufene Sommersemester! – Da sagen Sie, Herr Bundesminister: Das Angebot an den Universitäten hat stattgefunden, das machen wir nicht. – Halten wir uns aber Folgendes vor Augen: Es war kein normales Semester für die Studierenden. Es war das Distancelearning eine Riesenumstellung, es waren die Angebote von Universität zu Universität – auch wenn sie sich bemüht haben – höchst unterschiedlich, es waren die Angebote von Lehrveranstaltung zu Lehrveranstaltung höchst unterschiedlich, es war aufwendiger, es war anstrengender, es war unsicherer, man hat eventuell noch technisches Equipment anschaffen müssen, es war kein normales Semester.

Auch wenn Sie sagen, wir haben ein „neutrales Semester“ gemacht, so würde ich sagen: Das Erlassen der Studiengebühren für die Studierenden und das Kompensieren dieses Ausfalls für die Universitäten wäre ein ganz notwendiger Schritt. Diese knapp 400 Euro Studiengebühren, Herr Bundesminister, stellen sich vor dem Hintergrund eines Ministergehalts sicher anders dar als vor dem Hintergrund eines Studierenden, dem noch dazu der Job weggebrochen ist. Für den Minister ist es ein Klacks, aber für den Studierenden würde es viel Entspannung hinsichtlich seiner/ihrer ökonomischen Situation ins Leben bringen. Es wäre ein Monat, in dem man sich weniger Sorgen machen müsste. (*Beifall bei der SPÖ.*)

16.24

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Marchetti. – Bitte.

